



Entwicklungspolitische Bilanz der 16. Legislaturperiode

Globalisierung gerecht gestalten - das ist das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik. Hierin hat die Bundesregierung in der jetzt auslaufenden Legislaturperiode viel erreicht. Doch weltweite Krisen gefährden das Erreichte: Nahrungs- und Rohstoffkrise, Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Klimawandel bedrohen gerade diejenigen Menschen in ihrer Existenz, die diese Krisen nicht verursacht haben.

Daher ist jede Bilanz in diesen Tagen zugleich ein Appell: Trotz innenpolitischer Probleme dürfen wir die globalen Zusammenhänge nicht aus dem Blick verlieren. Wir werden die Krise in Deutschland nur dann meistern können, wenn wir zugleich die Entwicklungsländer darin unterstützen, eine nachhaltige Entwicklung auch in Krisenzeiten fortzusetzen.

I. Was wir 2005 versprochen haben

Übergeordnetes, international vereinbartes Ziel der deutschen Entwicklungspolitik in der 16. Legislaturperiode waren die Millenniumsentwicklungsziele. Die Millenniumsentwicklungsziele sind das Versprechen der internationalen Gemeinschaft, die Globalisierung gerecht zu gestalten. Um dies zu erreichen, hatte die Bundesregierung 2005 zugesagt, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern und mehr Mittel hierfür zu mobilisieren.

II. Was wir erreicht haben

a) Fortschritte für die Millenniumsentwicklungsziele

Deutsche Politik hat dazu beigetragen, bei jedem der acht **Millenniumsziele** Fortschritte zu erzielen. So ist der Anteil der Menschen weltweit, die in extremer Armut leben müssen, von über 30 Prozent (1990) auf 19,2 Prozent (2007) gesunken. Allerdings haben die Krisen des letzten Jahres bis zu 100 Millionen Menschen in extreme Armut zurückfallen lassen. Die Folgen des Klimawandels bedrohen ebenfalls die Entwicklungsfortschritte.

Im Bereich der **Grundbildung** gibt es weltweit gute Erfolge: Die Einschulungsrate in Entwicklungsländern ist auf 88 Prozent (2007) gestiegen. Allein in Afrika gehen heute gegenüber 1999 29 Millionen Kinder mehr zur Schule. In Mosambik zum Beispiel, wo Bildung zu den Schwerpunkten der deutschen Zusammenarbeit gehört, stieg die Einschulungsrate von

43 Prozent im Jahr 1997 auf heute 76 Prozent. Ein weiteres Beispiel: In Afghanistan hat Deutschland auf Wunsch der afghanischen Regierung Anfang 2007 die Führungsrolle bei der Konzeption der landesweiten Lehrerinnen- und Lehrerausbildung übernommen. Zudem werden insbesondere die Errichtung von Mädchenschulen, die Förderung von Lehrerinnen und die Verbesserung der Berufsschulbildung unterstützt. Mehr als 500.000 Kinder und 10.000 Lehrkräfte haben bereits hiervon profitiert.

Die Bekämpfung von **HIV/AIDS** konnte vor allem durch die multilaterale Zusammenarbeit vorangetrieben werden. Durch die Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria wurden bisher drei Millionen Menschenleben gerettet. Die Kosten für die Behandlung von AIDS-Kranken in Entwicklungsländern sind seit 2001 um bis zu 90 % gesunken. Deutschland gehört weltweit zu den großen Gebern in der HIV/AIDS-Bekämpfung und hat in den letzten Jahren die Mittel zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria kontinuierlich erhöht. In diesem und in den kommenden Jahren stellt das BMZ 500 Millionen Euro pro Jahr hierfür bereit, bis zum Jahr 2015 sind 4 Milliarden Euro vorgesehen.

Ein wichtiges Instrument zur strukturellen Armutsbekämpfung sind **soziale Sicherungssysteme**. Deutschland engagiert sich in rund 30 Ländern für den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, und die Arbeit an diesem Querschnittsthema wird weiter ausgeweitet. 2009 hat das BMZ ein neues Sektorkonzept zur sozialen Sicherheit vorgelegt. Die Förderung erfolgt innerhalb von breit angelegten Programmen in den Schwerpunkten Gesundheit, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung. Voraussichtlich werden 2009 deutlich über 70 Mio. Euro hierfür aufgewendet.

Umweltschutz und nachhaltige Nutzung von Ressourcen ist das Thema, in dem Industrie- und Entwicklungsländer besonders auf globale Zusammenarbeit angewiesen sind. Deutsche Entwicklungspolitik zielt auf globale soziale, ökonomische, ökologische und politische Nachhaltigkeit. Damit werden die Erfordernisse von Klima- und Umweltschutz auch den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht: Der Anteil der Menschen mit Zugang zu sauberem **Trinkwasser** ist weltweit von 70 Prozent im Jahr 1990 auf 83 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Die Bundesregierung hat allein 2009 mehr als eine Milliarde Euro für den **Ausbau Erneuerbarer Energien** und für Energieeffizienz in unseren Partnerländern mobilisiert. Der Schutz der **Biodiversität** wird mit 185 Programmen und Projekten in den Partnerländern gefördert. Und im Januar 2009 hat die internationale Gemeinschaft in Bonn mit der Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien IRENA eine Initiative der Bundesregierung in die Tat umgesetzt. IRENA wird Erneuerbare Energien in einer weltweiten Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern voranbringen und hat das Poten-

tial, den Zugang von fast zwei Milliarden armer Menschen zu moderner Energieversorgung zu verbessern.

Durch alle Themenfelder der Entwicklungspolitik zieht sich der Menschenrechtsansatz der Bundesregierung, der in dem **Menschenrechtsaktionsplan** des BMZ aus dem Jahr 2008 festgeschrieben ist. Denn ohne Wahrung der Menschenrechte ist keine nachhaltige Entwicklung möglich. Die Stärkung von Frauenrechten ist ein besonders zentraler Aspekt hierin, denn jede Diskriminierung von Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Der **Gender-Aktionsplan** 2009-2013 des BMZ verknüpft Menschenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter, die als Querschnittsthema in alle Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Ein Beispiel: Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung. Bundesministerin Wieczorek-Zeul konnte 2005 an einer feierlichen Zeremonie zur Beendigung der Genitalverstümmelung in Benin teilnehmen, in mehreren anderen west- und ostafrikanischer Partnerländern finden erfolgreiche Aufklärungsprogramme hierzu statt.

International hat Bundesministerin Wieczorek-Zeul die Schirmfrauschaft für den Gender-Aktionsplan der Weltbankgruppe (Gender Equality as Smart Economics) übernommen, der 2006 veröffentlicht wurde. Der Aktionsplan hat das Ziel, die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu stärken und die Gleichberechtigung der Geschlechter in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren zu fördern.

Genauso ist **gute Regierungsführung** eine unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Mit 33 Partnerländern hat Deutschland daher gute Regierungsführung als Schwerpunktbereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit vereinbart.

Um in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern, hat das BMZ im Jahr 2008 das entwicklungspolitische Freiwilligenprogramm **weltwärts** ins Leben gerufen. Mittlerweile sind bereits über 2.500 junge Freiwillige in 71 Entwicklungsländer ausgereist. Insgesamt stehen 3.724 Entsendeplätze zur Verfügung, über 200 Trägerorganisationen sind bereits anerkannt. Das weltwärts-Programm trägt über die teilnehmenden jungen Leute den Gedanken einer gerecht gestalteten Globalisierung in alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Damit ergänzt weltwärts den **Zivilen Friedensdienst**, der in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert und sich zu einem Erfolgsmodell staatlicher und nichtstaatlicher Träger der Entwicklungs- und Friedensarbeit entwickelt hat. Über 530 Friedensfachkräfte hat der Zivile Friedensdienst seitdem entsandt, zur Zeit sind 185 Entsandte in mehr als 40 Ländern im Einsatz.

Die Engagierten von morgen müssen heute gebildet werden. Globale Zusammenhänge sollten bereits in der Schule vermittelt werden – Kinder sollten wissen, dass ihre Jeans aus afrikanischer Baumwolle in Asien zusammengenäht wurde, und wie ihre Konsumentenscheidungen in Deutschland sich auf Arbeitsbedingungen in fernen Ländern auswirken können. Daher hat das BMZ 2007 gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz den **Orientierungsrahmen** für den Lernbereich globale Entwicklung erarbeitet, um globales Lernen schon in der Schule zu verankern. Zudem fördert das **Schulbegegnungsprogramm ENSA** im Auftrag des BMZ seit 2006 Schulpartnerschaften zwischen Nord und Süd mit Begegnungsreisen und Begleitseminaren.

b) Größere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit ist wirksamer geworden, in Deutschland und international. Die Bundesregierung setzt die **Paris Agenda** konsequent um und hat sie gemeinsam mit den internationalen Partnern in **Accra** 2008 fortgeschrieben.

Mit dem **Ankerland-Konzept** hat das BMZ ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, um entwicklungsorientiert mit politisch und wirtschaftlich einflussreichen Länder zusammenzuarbeiten, wie zum Beispiel China, Indien, Mexiko oder Südafrika. Das BMZ hat die finanzielle Zusammenarbeit mit China beendet. Zugleich wird über den unter deutscher G8-Präsidentschaft angestoßenen **Heiligendamm-Prozess** der Dialog mit den G5 über globale Fragen intensiviert.

Wirksamkeit erfordert Arbeitsteilung und Konzentration: Entsprechend der Koalitionsvereinbarung hat Deutschland die bilaterale staatliche Zusammenarbeit auf nunmehr **58 Partnerländer** beschränkt. Die Bundesregierung hat hierbei klare Kriterien festgelegt, um die Partnerländer auszuwählen: Armut, aber auch globale Interessen z.B. im Klimaschutz; die Entwicklungsorientierung der Partner; die Relevanz des deutschen Beitrags; politische Gründe sowie gewachsene Bindungen.

Die Bundesregierung hat die Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss vorangetrieben: Es gibt mittlerweile **42 deutsche Häuser**, in denen die deutschen Durchführungsorganisationen gemeinsam die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vertreten; es gibt Länderteams und gemeinsame Schwerpunktkoordinator/innen in den Partnerländern. Verbindliche Länder- und Regionalkonzepte des BMZ gewährleisten eine kohärente deutsche Entwicklungszusammenarbeit.

Die **deutsche EU-Präsidentschaft 2007** hat entscheidende Weichen für eine erfolgreiche europäische Entwicklungspolitik gestellt: Sie hat den Fokus auf Afrika gerichtet, sie hat ver-

sucht, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten entwicklungsförderlich auszugestalten, die Energiepartnerschaft zwischen Afrika und Europa gegründet und eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie, sowie eine HIV/Aids-Strategie der EU verankert. Ein Meilenstein in der Umsetzung der Paris-Agenda war zudem der EU-Verhaltenskodex zur Arbeitsteilung.

Globale Probleme können nur global gelöst werden. Deutschland kann nur auf Augenhöhe mitgestalten, wenn wir entsprechende Mittel für **multilaterale Entwicklungszusammenarbeit** aufwenden – und deren Wirksamkeit steigern. Die G 20-Staats- und Regierungschefinnen und -chefs haben im November 2008 in Washington und im April 2009 in London Weltbank, IWF und Regionale Entwicklungsbanken als die zentralen Stützpfeiler der internationalen Finanzarchitektur identifiziert. Die Weltbankgruppe hat in der Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise schnell und zielgenau reagiert. Gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Weltbankgruppe zusätzliche Ressourcen mobilisiert, Ausleihungen beschleunigt und Fazilitäten fortentwickelt.

Um die multilateralen Entwicklungsbanken noch effizienter zu machen, setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik für eine Reform von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken ein. Die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen mehr als bisher mitbestimmen können.

Zugleich bieten die multilateralen Entwicklungsbanken mit dem **Klimainvestmentfonds** ("Climate Investment Funds", kurz: CIF) ein neues Finanzierungsinstrument an, um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung des Klimawandels und bei einer schadstoffarmen, nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Auf der Geberkonferenz im September 2008 wurden insgesamt 6,1 Milliarden US \$ für die CIF zugesagt. Hierin hat Deutschland mit einer Zusage von ca. 800 Millionen Euro einen Anteil von knapp 14 %.

c) Mehr Mittel für die Entwicklungsfinanzierung

Im Mai 2005 haben die EU-Mitgliedsstaaten verbindlich den **ODA-Stufenplan** vereinbart; diesen einzuhalten, haben CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag verankert. Die Bundesregierung hat dementsprechend die ODA-Quote in der 16. Legislaturperiode erheblich erhöht: Von 0,28 Prozent im Jahr 2004 auf 0,38 % im Jahr 2008. Deutschland war sowohl 2007 als auch 2008 weltweit zweitgrößter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit nach den USA. Für das Haushaltsjahr 2009 stehen dem BMZ 5,814 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies ist eine Steigerung von über 13 Prozent gegenüber 2008. Voraussichtlich wird Deutschland 2009 die ODA-Quote 0,41 % erreichen. Der Finanzplan für 2008 bis 2012 sieht

weitere Wachstumsschritte vor. Damit bekennt sich die Bundesregierung klar zum Kampf gegen die Armut in der Welt.

Doch um die ODA-Ziele zu erreichen, ist mehr erforderlich. Die Bundesregierung sieht **innovative Finanzierungsinstrumente** als wichtiges Instrument und setzt seit 2008 Mittel aus dem Emissionshandel für die Entwicklungszusammenarbeit ein.

Durch **Schuldenerlasse** werden in den Entwicklungsländern zusätzliche Mittel zur Armutsbekämpfung frei. Die G8-Regierungschefinnen und -chefs haben 2005 in Gleneagles beschlossen, die Kölner Schuldeninitiative von 1999 durch einen multilateralen Schuldenerlass zu ergänzen. Der Monterrey Konsens der Vereinten Nationen von 2002 und die Beschlüsse von Doha 2008 haben die Entwicklungsfinanzierung auf eine solide Grundlage gestellt.

Hierzu gehört auch, noch stärker als bisher ausländische Direktinvestitionen zu unterstützen. Daher unterstützt das BMZ **Public Private Partnerships** massiv: Seit 1999 wurden 1110 öffentlich-private Partnerschaften finanziert, davon ein gutes Viertel in Subsahara-Afrika.

Wichtig sind grundsätzlich die Mobilisierung eigener Ressourcen der Entwicklungsländer und die gemeinsame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Das BMZ hat daher einen **International Tax Compact** angestoßen, um den Aufbau effizienter und transparenter Steuersysteme in den Entwicklungsländern zu verstärken.

Diesem Ziel dient auch die 2002 gegründete Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (**Extractive Industries Transparency Initiative, EITI**). EITI will erreichen, dass die Bevölkerung rohstoffreicher Länder tatsächlich von den Einkünften aus den Ressourcen profitiert und diese entwicklungsförderlich verwandt werden. EITI bekämpft damit auch Korruption. Die Initiative wird von der Bundesregierung mit Nachdruck unterstützt; zugleich arbeitet die Bundesregierung gemeinsam mit deutschen Unternehmensverbänden darauf hin, die deutsche Wirtschaft in EITI einzubeziehen.

Mikrofinanzinstitutionen sind ein wirksames Instrument zur Überwindung der Armut. Deutschland gehört in diesem Bereich zu den weltweit führenden Gebern. Das BMZ setzt pro Jahr circa 130 Millionen Euro ein und unterstützt Mikrofinanzprogramme in 63 Ländern. Die deutsche Förderung von Mikrokrediten erreicht rund 50 Mio. Menschen.

III. Das Erreichte bewahren und fortführen: Entwicklungspolitische Maßnahmen gegen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und gegen eine neue Ernährungskrise

Die **Finanz- und Wirtschaftskrise** stellt gerade die Entwicklungsfinanzierung vor gewaltige Herausforderungen. Deutschland setzt 100 Millionen Euro aus dem Konjunktur-Paket II ein,

um einen Kredit in Höhe von bis zu 500 Mio. EUR an die Infrastruktur-Krisenfazilität der **Weltbank** herauszulegen. Die KfW Entwicklungsbank hat sich mit zusätzlichen 130 Millionen US-Dollar an einem Fonds beteiligt, der Refinanzierungsengpässe bei Mikrofinanzinstitutionen in Entwicklungs- und Transformationsländern abfedert.

Auf internationaler Ebene haben die Vereinten Nationen im Dezember 2008 die **Expertenkommission** zur Reform des Internationalen Geld- und Finanzsystems unter Vorsitz von Prof. Joseph Stiglitz einberufen. Deutschland war in dieser Kommission durch Bundesministerin Wiecek-Zeul vertreten, und viele von deren Vorschlägen wurden von der **VN-Konferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise** in diesem Juni in New York aufgenommen. Die VN-Konferenz und ihr Abschlussdokument haben die globale Handlungsfähigkeit gestärkt und den ärmsten Entwicklungsländern eine Stimme gegeben.

Das Abschlussdokument markiert den Beginn eines langfristigen Reformprozesses der globalen Entscheidungsstruktur. So schreibt das Dokument fest, dass eine umfassende Regelung der Finanzmärkte notwendig ist, dass die Konjunkturpakete der Industrieländer die Entwicklungsländer nicht zusätzlich belasten dürfen und dass den Entwicklungsländern zusätzliche Ressourcen zur Krisenbekämpfung bereit gestellt werden müssen. Hierfür sollen innovative Finanzierungsinstrumente genutzt werden. Die VN sollen in Wirtschaftsfragen gestärkt werden. Schließlich hat die Konferenz die Einrichtung eines *Intergovernmental Panel on Systemic Risks* bei den UN beschlossen, das nach dem Vorbild des Weltklimarates arbeiten soll. Ein solches Beratungsgremium in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik soll künftig Fehlentwicklungen identifizieren und Krisen verhindern helfen.

In vielen afrikanischen Ländern, zum Beispiel in Sambia, Mali, Senegal, Äthiopien, Burundi, Demokratische Republik Kongo oder Liberia sind **Zusagen erhöht** oder vorgezogen worden, um die Krisenfolgen abzufedern. Auch in Lateinamerika und Asien sind Programme der deutschen Entwicklungspolitik ausgeweitet beziehungsweise an der Krisensituation angepasst worden.

Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die deutsche Entwicklungspolitik auch die **Ernährungssicherheit** weiter im Blick. 2009 hat das BMZ für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung 600 Millionen Euro vorgesehen. Damit wird die auf dem G8-Gipfel 2008 in Toyako vereinbarte Globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung maßgeblich vorgebracht, die in L´Aquila 2009 bekräftigt wurde: In L´Aquila haben die G8 20 Milliarden US \$ in den kommenden drei Jahre für ländliche Entwicklung zugesagt. Die Bundesregierung wird hierzu drei Milliarden US \$ beitragen.

Die Ernährungssicherheit kann gefährdet sein, wenn sich kapitalkräftige ausländische Investoren große landwirtschaftlicher Flächen in Entwicklungsländern sichern. Innerhalb der EU

hat die Bundesregierung daher bereits erreicht, dass eine Experten-Arbeitsgruppe zur Landpolitik gemeinschaftliche Maßnahmen gegen die Risiken dieses sogenannten „Land Grabbing“ entwickelt. Parallel dazu unterstützt die Bundesregierung in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer darin, eine nachhaltige, gerechte, armuts- und konfliktmindernde Bodenpolitik durchzusetzen. Denn die lokale Bevölkerung darf nicht zum Opfer von Landnahmen werden, sondern muss Nutzen aus den ausländischen Direktinvestitionen ziehen können.

Auch der Anbau von Agrartreibstoffen darf die Nahrungsproduktion nicht verdrängen: Ernährungssicherung hat Vorrang vor Treibstoffproduktion. Hier berät die deutsche Entwicklungspolitik ihre Partnerländer in nachhaltigen Landnutzungsstrategien und fördert die Einbeziehung kleinbäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe, die soziale und ökologische Standards einhalten.

IV. Entwicklungspolitik ist gerade angesichts der Krise ein zentrales Politikfeld

Die deutsche Entwicklungspolitik hat viel bewegt in den vergangenen vier Jahren - und davor. In den Entwicklungsländern hat sich viel getan. Gerade in Afrika sind Erfolg und Hoffnung gewachsen.

Der südafrikanische Erzbischof Nyongolo Ndungane hat kürzlich geschrieben: „Ein Afrika, unabhängig von ausländischen Hilfgeldern, ist vorstellbar. Und die Erreichung dieses Ziels zeichnet sich bereits am Horizont ab.“ Doch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere aber angesichts der Folgen des Klimawandels unterstreicht er den Appell, der am Anfang dieser Bilanz steht: „Wir sollten den Tatsachen ins Gesicht sehen: Unter den aktuellen Umständen ist Entwicklungsfinanzierung unverzichtbar, um das Überleben und die Entwicklung vieler Menschen in Afrika zu sichern.“